



Konnten sich doch noch einigen: Christian Schneider, Hans-Peter Wessels und Heinrich Ueberwasser (von links).

KENNETH NARS

## Kommentar

von Yen Duong



## Bittere Pille für Regierung

■ Für das Hobby einer kleinen Minderheit der Basler Bevölkerung verzichtet die Regierung in den nächsten 20 Jahren auf Wohnraum für 1000 Einwohner. Zum Vergleich: In Bettingen leben etwa 1200 Personen. Dem Stadtkanton entgehen wegen der Familiengärtner somit Millionen Franken an Steuereinnahmen. Das ist ein herber Verlust und eine Ohrfeige. Der hart ausgehandelte Kompromiss hört sich im ersten Moment wie ein schlechter Witz an: Diese Rechnung geht nicht auf.

Auf den zweiten Blick sieht es anders aus. Hätte die Exekutive auf die 4500 Einwohner gepocht und die Familiengärtner nicht mit ins Boot geholt, wäre das Klima langfristig vergiftet worden. Angefangen bei der Abstimmung: Ob sie den emotional geführten Abstimmungskampf des Initiativkomitees mit glücklichen Freizeitgärtnern, Kindern und Schmetterlingen auf den Plakaten gewonnen hätte, ist ungewiss. Falls nicht, wäre die Regierung vor einem Scherbenhaufen gestanden: An den Stadträndern hätte sie null zusätzlichen Wohnraum schaffen können.

Falls sie den Abstimmungskampf ohne diesen Kompromiss für sich entschieden hätte, würden die Familiengärtner und deren Lobby künftig bei sämtlichen Bauprojekten auf Frontalopposition gehen: Dauererger im Grossen Rat, Referendum, ein hässlicher Abstimmungskampf und Dutzende von Einsparungen wären an der Tagesordnung. Sämtliche Projekte wären behindert und massiv verzögert worden.

Nicht einleuchten will allerdings, weshalb die Initiative jetzt nicht zurückgezogen wird. Die Familiengärtner gehen als klare Sieger des Streites hervor. Die Pille, die die Regierung schlucken muss, ist bitter genug.

yen.duong@azmedien.ch

# Basel verzichtet auf 1000 Einwohner

## Familiengarten-Initiative

Trotz Einigung will Komitee Volksbegehren nicht zurückziehen

VON YEN DUONG

Nach wochenlangem Kopfzerbrechen und etlichen Marathon-Sitzungen kommt es im Streit um die Initiative «Rettet die Familiengärten» doch noch zu einer Einigung: Das Basler Bau- und Verkehrsdepartement hat mit dem Initiativkomitee und den fünf Familiengartenvereinen an den Stadträndern Vereinbarungen ausgehandelt. Diese konkretisieren den im Januar verabschiedeten Gegenvorschlag des Grossen Rats auf jene Familiengarten-Areale, die von der Zonenplanrevision betroffen sind – namentlich Milchsuppe, Rankhof, Bettingerweg, 3 Häusern und Dreispitz. So wird in den fünf Verträgen festgehalten, wann wie viele Gärten aufgehoben werden.

Fazit: Die Basler Regierung will an den Stadträndern neu nur noch Wohnraum für 3500 zusätzliche Einwohner schaffen – 1000 weniger als ursprünglich im Zonenplan vorgesehen. «Das ist immer noch viel», fand Bau- und Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels gestern vor den Medien – er räumte aber auch ein: «Es ist schmerzhaft, dass wir auf Wohn-

raum für 1000 Einwohner verzichten müssen.»

Man müsse nun schauen, dass diese Wohnungen an einem anderen Ort – etwa im Dreispitz oder am Hafen – geschaffen werden könnten. Auf die Frage, ob die Regierung denn Angst vor der Initiative habe, meinte Wessels: Sie habe durchaus Chancen, angenommen zu werden. «Wir könnten uns auch aufstürzen und versuchen, die 4500 Einwohner durchzuboxen. Ich glaube aber nicht, dass dies ein gutes Vorgehen wäre, zumal ein endloser Kampf vorprogram-

miert wäre.» Von den insgesamt 2100 Gartenparzellen in der Stadt Basel sollen in 15 Jahren rund 300 verschwinden – 120 weniger als im Gegenvorschlag des Grossen Rats und etwa 500 Parzellen minder als im Entwurf des neuen Zonenplans. Ganz aufgehoben werden bis 2026 die 99 Parzellen am Walkeweg im Dreispitz.

### Definitiver Entscheid am Montag

Trotz dieses Kompromisses denkt das Initiativkomitee nicht daran, sein Volksbegehren zurückzuziehen. Christian Schneider, Präsident des

Zentralverbandes der Familiengärtnervereine Basel, und Heinrich Ueberwasser, Präsident des Initiativkomitees, möchten sich allerdings im Hinblick auf die Abstimmung am 15. Mai für den «Gegenvorschlag plus» einsetzen. Sie werden die Initiative zur Ablehnung empfehlen. «Das Stimmvolk soll entscheiden, ob es 80 Prozent der Familiengarten-Areale erhalten will oder 100 Prozent.» Dies sei keine Zwängerei, sondern Ausdruck von Respekt gegenüber denjenigen, die die Initiative unterschrieben haben. «Wir stehen vor einem historischen Entscheid», sagte Ueberwasser. Ebenfalls als «historisch» bezeichnete er den Kompromiss.

Ob die 35 Familiengarten-Vereine den «Gegenvorschlag plus» tatsächlich befürworten und die Initiative ablehnen werden, wird sich am Montag zeigen. Dann findet eine Versammlung statt. Laut Schneider haben zwei der fünf Vereine den Vertrag noch nicht unterschrieben – so Bettingerweg und Rankhof. Er gibt einen Vorgeschmack auf den Montagabend: «Es wird wenige geben, die heftig kämpfen werden. Aber ich werde mir einigens anhören müssen.»

### CHRISTIAN SCHNEIDER: «NICHT EINFACH»

Die Regierung wollte im Nordwesten der Stadt beim Milchsuppe-Areal Wohnungen für 1000 Personen schaffen – dafür hätten 458 Gartenparzellen aufgehoben werden müssen. Mit dem Kompromiss müssen ab 2016 nur noch 55 Parzellen verschwinden. Ver-

zichtet wird in diesem Gebiet auf 800 Einwohner. Auf dem Bruderholz hätte Wohnraum für 500 Personen gebaut werden sollen – neu wird es nur noch Platz für 300 haben. Im Dreispitz soll es künftig keine Familiengärten mehr geben. Im Osten der Stadt werden

bis 2020 etwa 53 von 246 Gartenparzellen im Rankhof verschwinden – am Bettingerweg 100 von insgesamt 349. «Es war ein enormer Aufwand, alles zu koordinieren. Und ein Verein wird aufgelöst – das ist keine einfache Situation», sagt Christian Schneider. (YDU)

# Neues Bürogebäude der «Zürich» bedroht günstige Mietwohnungen

**Rosenthalhäuser** In den Streit um den Abbruch der drei Wohnhäuser kommt Bewegung: Die Zürich Versicherung legt neue Pläne vor.

VON HANS-MARTIN JERMANN

Seit über einem Jahrzehnt wird in Basel über die Häuser an der Rosentalstrasse 9 bis 13 im Kleinbasel gestritten. Im September 2002 sprach sich das Basler Volk in einem vom Mieterverband (MV) lancierten Referendum gegen den Abbruch aus. Damit brachte es ein erstes Bauprojekt der Zürich Versicherung zu Fall. Später hielt die Regierung fest, der MV habe gegen den falschen Beschluss das Referendum ergriffen. Im April 2010 verwarf der Grosse Rat knapp eine SP-Motion, die eine definitive Unterschutzstellung der Häuser verlangte.

### Neues Projekt sei Mogelpackung

Lange blieb es in der Folge ruhig. Gestern nun hat das Bau- und Ver-

kehrsdepartement die Planaufgabe für ein neues Projekt publiziert: Die Versicherungsgesellschaft will anstelle der Häuser ein 14-stöckiges Gebäude mit Büros (8 Stockwerke) und – im Gegensatz zum gescheiterten ersten Komplex – auch Wohnungen (6 Stockwerke) errichten.

Baudirektor Hans-Peter Wessels (SP) lobt das Projekt: «Es passt zum Messturm und ins Messe-Geviert. Zudem trägt es der Forderung nach Erhalt von Wohnraum Rechnung.» Beim Mieterverband schüttelt man den Kopf: Die Neuaufgabe sei eine Mogelpackung, findet Patrizia Bernasconi, Geschäftsleiterin des MV Basel. «Das Volk hat zum Ausdruck gebracht, dass es die bestehenden, bezahlbaren Wohnungen will – nicht neue Luxus-Wohnungen.» Die in den 1940er-Jahren erbauten Rosenthalhäuser seien nicht am Verlottern: «Sie wurden in hohem Ausführungsstandard für den Mittelstand errichtet.» Der Regierung und den Baubehörden wirft Bernasconi vor, sie würden mit den Investoren «liebesdienlich»

umgehen. «Die milliardenschwere Versicherung ist der Regierung wichtiger als bezahlbarer Wohnraum.»

### Basler Wohnungsbestand erneuern

Wessels verweist hingegen darauf, dass Basel schweizweit den ältesten Wohnungsbestand aufweise: Diesen müsse man erneuern – sonst werde die Stadt als Wohnstandort unattraktiv: «Wir haben Nachholbedarf. Es besteht nachweislich eine starke Nachfrage nach modernen Wohnungen», stellt er klar. Die neuen Wohnungen seien naturgemäss mit die teuersten. Aber: «In Basel mangelt es nicht an günstigem Wohnraum.»

Trotzdem will der MV auf zwei Gleisen versuchen, den günstigen Wohnraum im Schatten des Messturms zu erhalten: Auf juristischer Ebene versucht er, den Abbruch der Häuser zu verhindern. Und auf politischer Ebene soll auch das zweite Projekt der Zürich Versicherung zu Fall gebracht werden. Die notwendige Zonenplanänderung muss nämlich vom Grossen Rat abgesegnet werden.



ZVG/HERZOG &amp; DE MEURON

### Roche beginnt mit Bau des Super-Turms

Das Basler Bauinspektorat hat dem Pharmakonzern Roche die Baubewilligung für seinen 175 Meter hohen Superturm erteilt. Damit steht der Realisierung des Bürohochhauses, in dem 2000 Roche-Mitarbeitende tätig sein werden, nichts mehr im Wege. Bereits in den nächsten Wochen soll laut Mitteilung von Roche mit dem Bau 1, wie das Hochhaus offiziell heisst, begonnen werden: An der Grenzacherstrasse (im Bild eine

Visualisierung, wie das Hochhaus ins unmittelbare Umfeld eingebettet ist) wird neben dem bestehenden kleineren Verwaltungsgebäude die Baugrube ausgehoben. Der Rohbau wird zwischen 2012 und 2014 hochgezogen. Bereits 2013 will Roche mit dem Innenausbau beginnen, Ende 2015 soll das Gebäude dann bezugsbereit sein. Laut Roche ist das Projekt ein Erkenntnis zum Standort Basel als Hauptsitz des Konzerns. (BZ)